

# Außerparlamentarisch mobilisieren, eine politische Alternative vorbereiten

## Erklärung der *isl* zu den Bundestagswahlen

**D**ie Bilanz der Regierung Schröder/Fischer steht weitgehend im Gegensatz zu den Hoffnungen derjenigen, die Kohl weg haben wollten und dafür auf die Straße gegangen sind. Der erhoffte Politikwechsel blieb aus. Nur wenige Wahlversprechen der Koalition von SPD und Grünen wurden, zumeist in den ersten Monaten der Regierungszeit, verwirklicht (Rücknahme der Kürzungen in der Lohnfortzahlung, beim Schlechtwettergeld, in der Krankenversicherung, des »demografischen Faktors« in der Rentenversicherung). Doch bald folgte ein Schwenk in Richtung Mainstream neoliberaler Politik: Die »Steuerreform« begünstigt massiv Bezieher hoher Einkommen; die Rentenreform bringt durch die Einführung einer kapitalgedeckten »Riester-Rente« zum Ausgleich der Kürzungen im bisherigen Umlageverfahren einen klaren Systembruch; durch Kriegseinsätze von Bundeswehrsoldaten (Kosovo, Mazedonien, Afghanistan) wurde ein Tabu der Nachkriegszeit endgültig gebrochen und Deutschland auf Großmachtkurs gebracht; demokratische Rechte wurden beschnitten und das Ausländerrecht in Richtung Selektion der Zuwanderung nach den Bedürfnissen des Kapitals bei Bekämpfung der Flüchtlinge statt der Fluchtursachen umgestaltet.

Man muss schon Spezialist sein, um grundlegende Unterschiede zwischen der Sozialdemokratie und ihrem grünen Satelliten auf der einen und den Konservativen und Liberalen auf der andern Seite auszumachen. Alle diese Kräfte sind heute staatstragend und wetteifern um die Verbesserung der Verwertungsbedingungen des Kapitals. In Zeiten einer verschärften Strukturkrise des Kapitalismus und zumal einer zyklischen Rezession führt dies zu einer gegen die unmittelbaren Interessen der abhängig Beschäftigten und die besonders Benachteiligten gerichteten Politik. Dies ist nicht neu. Doch hat sich die Sozialdemokratie inzwischen so weitgehend auf die Dogmen des neoliberalen Einheitsdenkens eingelassen, dass der Satz »Es gibt keine Wahl bei den Wahlen!« kaum je so richtig war wie heute.

Politisch und historisch am schwerwiegendsten ist dabei der Beitrag der Sozialdemokratie mit grünem Flankenschutz bei der neuen kriegerischen Rolle des deutschen Imperialismus. Es blieb einem SPD-Kanzler vorbehalten, die Bundeswehr in Angriffskriege zu führen und sie in die imperialistische Bündnisstrategie zur Weltherrschaft einzubinden. Die Rolle der SPD als Türöffner imperialistischer Politik ist durch nichts zu entschuldigen. Es ist abzusehen, dass sie auch auf diesem Feld bald ihre Schuldigkeit getan haben und durch noch aggressivere Regierungen und Politikformen abgelöst werden wird.

Sicherlich ist zu erwarten, dass unter einer von Stoi-

ber (der die Bundeswehr sogar »im Innern« einsetzen will) geführten Regierung noch härtere Einschnitte ins soziale Netz vorgenommen werden. Denn CDU/CSU und FDP brauchen noch weniger Rücksicht auf die Gewerkschaftsbewegung oder auf fortschrittliche Erwartungen eines Teils ihrer Wähler- oder Mitgliederbasis zu nehmen. Die Besonderheit der sozialdemokratischen Politik liegt eben weniger in der direkten Konfrontation, sondern im scheinbaren »Interessenausgleich« zwischen den »Sozialpartnern« bei der »Modernisierung« des Kapitalismus; dafür wurden das »Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit« sowie zahlreiche andere »Expertengremien« geschaffen.

Wir sehen keinen Sinn darin, die rot-grünen Modernisierer des krisengeschüttelten Kapitalismus als das »kleinere Übel« zu wählen. Fast überall in Europa haben solche Regierungen, weil sie massive Enttäuschung und Resignation produziert haben, den Weg für bürgerlich-konservative oder gar konservativ-rechtsradikale Regierungen geebnet. Wenn sich die Spirale der immer stärker werdenden Polarisierung von Arm und Reich weiter dreht, werden populistische und rechtsradikale Rattenfänger und Demagogen die Lage zunehmender Verzweiflung für ihre Zwecke ausnützen.

Einige Monate vor der Wahl zeigten sich erstmals seit längerer Zeit Haarrisse zwischen Teilen der Gewerkschaftsführung und der SPD-Führung. Der mangelnde Politikwechsel wurde beklagt, außerparlamentarischer Protest und Zusammenarbeit mit Attac angekündigt. Das führte zur gemeinsamen Mobilisierung von Jugendverbänden des DGB und Attac am 14. September nach Köln – gegen die geplanten Privatisierungsschritte im Gesundheits-, Bildungswesen und der Altersversorgung, gegen weiteren Sozialabbau, gegen den Umbau der Bundeswehr und Kriegseinsätze und für einen Politikwechsel. Doch die Gewerkschaftsführungen sind längst wieder zurückgerudert und gebärden sich einmal mehr als Wahlhelfer für Rot-Grün.

Deswegen ist es um so wichtiger, die außerparlamentarischen Bewegungen gegen die kapitalistische Krisenbewältigungspolitik im Interesse der Sanierung der Profitrate und gegen den Kriegskurs der Herrschenden im sog. »Krieg gegen den Terrorismus« so stark wie möglich zu machen. Sie können das gesellschaftliche Kräfteverhältnis ändern und dadurch die Bedingungen für einen unabhängigen und klassenkämpferischen Kurs der Gewerkschaften wie auch für die Herausbildung einer antikapitalistischen, wirklich linken Alternative auf politischer Ebene verbessern.

## Die PDS

In ihrem Wahlprogramm spricht die PDS hinsichtlich der Konzepte von Schröder und Stoiber richtig von »Nuancen derselben Politik«; sie beschreibt die Politik von Rot-Grün in Kontinuität zur Politik von Kohl als Weg immer stärkerer Entsolidarisierung. Trotzdem koalitiert die PDS in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin mit der SPD und trug über den Bundesrat die Politik des Sozialabbaus teilweise mit. Ein besonders trauriges Kapitel dieser prokapitalistischen Politik stellt die Zustimmung der PDS zur Sanierung des Bankhauses Berlin dar. In ihrem Wahlprogramm erklärt sie sich auch bereit, auf Bundesebene eine »Mitte-Links-Koalition« mitzutragen.

Viele Wählerinnen und Wähler der PDS geben dieser Partei als der einzigen im Bundestag vertretenen Kraft, die sich gegen den Kriegskurs und gegen die Schredderung des Sozialstaats ausspricht, ihre Stimme. Viele Menschen haben den Auftritt der Abgeordneten Jelpke, Lippmann und Wolf gegen den Kriegskurs von Bush und Schröder anlässlich der Rede von Bush im Bundestag mit Sympathie verfolgt und die Entschuldigung des Fraktionsvorsitzenden Claus mit Kopfschütteln quittiert. Die PDS vertritt eine Reihe von Forderungen im Interesse der Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellten, der Frauen, der Jugendlichen, der ArbeitsimmigrantInnen und Flüchtlinge, die wir unterstützen. Auch wir sehen in der PDS aufgrund ihrer Herkunft aus dem nichtkapitalistischen Teil Deutschlands, wegen ihrer aufrechten Haltung gegen den Kriegskurs und wegen einer Reihe fortschrittlicher Forderungen immer noch einen Stachel im Fleisch bürgerlicher Politik. Wir sind deswegen dafür, dass die PDS im Bundestag vertreten bleibt.

Wir befürchten allerdings, dass der Kurs der PDS zur Sozialdemokratisierung und Anpassung an die bürgerliche Politik nicht mehr aus sich selbst heraus aufzuhalten ist. Ihr Schicksal hängt wesentlich vom Aufbau einer außerparlamentarischen authentisch sozialistischen Kraft und Massenbewegung ab.

## Für eine neue antikapitalistische Initiative

Da die Anpassung der PDS bereits weit fortgeschritten ist, müssen die Diskussionen und Initiativen zur Schaffung einer neuen antikapitalistischen Kraft intensiviert werden. Wir möchten zur Schaffung einer politischen Kraft beitragen, die für eine neue, solidarische Gesellschaft jenseits von Profitlogik, Konkurrenz und Militarismus, für internationale Solidarität und für eine gerechte Weltordnung jenseits des Diktats der Konzerne, Standortkonkurrenz und Marktlogik eintritt.

Wir brauchen eine politische Kraft, die die Mobilisierung und die Selbstaktivität von unten systematisch mitträgt und fördert, denn nur daraus können die Keime neuer solidarischer gesellschaftlicher Verhältnisse erwachsen. Eine Kraft, die sich nicht vorwiegend auf parlamentarische Institutionen orientiert und sich von den Massenmedien abhängig macht, sondern ihren theoretischen und praktischen Beitrag zum Aufbau und der Neuorientierung sozialer Bewegungen (der Arbeitenden, der Frauen, zugunsten der Umwelt, gegen die Kriegstreiberei usw.) leistet, ohne sie bevormunden oder manipulieren zu wollen. Eine Kraft mit breiter innerer Demokratie, eine Kraft, in der nicht Berufspolitiker das Sagen haben, sondern Aktivistinnen und Aktivisten der sozialen Bewegungen.

Seit Mitte der 90er Jahre gibt es einige Anzeichen, dass sich das politische Klima zu ändern beginnt. So haben in einer ganzen Reihe von Ländern – in Europa vor allem in Frankreich, Italien und Spanien – große Mobilisierungen gegen Maßnahmen des Sozialabbaus stattgefunden. In diesen Mobilisierungen konnten Kräfte der radikalen Linken eine bedeutsame Rolle spielen, wie etwa die Partei der kommunistischen Neugründung (*Rifondazione Comunista*) in Italien oder LO und die LCR in Frankreich, was dort bei den Präsidentschaftswahlen im April zu einem Stimmenanteil von 10% führte.

## Für ein anderes Europa in einer anderen Welt

Ein wichtiger Kristallisationspunkt der sozialen Bewegungen wird das Europäische Sozialforum sein, das Anfang November in Florenz abgehalten wird. Diese in Porto Alegre beschlossene Initiative bietet eine große Chance zur Vernetzung und Koordinierung der »Bewegung der Bewegungen« auf europäischer Ebene. Wir müssen uns verstärkt mit Europa, der Politik der Europäischen Union und einer Alternative von unten befassen und unser Denken und Handeln europäisieren.

Nicht nur die Gewerkschaftsverbände, auch die alternative und radikale Linke, die sozialen Bewegungen wie die Parteien und Organisationen hinken im Vergleich zur Wirtschaft und offiziellen Politik hinsichtlich ihrer praktischen und analytischen Arbeit und Koordination auf gesamteuropäischer Ebene weit hinterher. Bei unseren Bemühungen einer Vernetzung beschränken wir uns nicht auf den Rahmen der Europäischen Union, sondern suchen Dialog, Austausch und Kooperation mit allen kapitalismuskritischen und emanzipatorischen Kräften in Europa und darüber hinaus.

**isl**  
**internationale sozialistische linke**

**SoZ Sozialistische Zeitung**  
Die SoZ bringt jeden Monat Berichte und Analysen zum täglichen kapitalistischen Irrsinn und steht für eine demokratische sozialistische Alternative  
**Kostenlose Probeausgaben bestellen!**  
Bestellung an: SoZ-Verlag, Dasselstr.75-77, 50674 Köln  
Fon (02 21) 9 23 11 96 · <redaktion@soz-plus.de> · <www.soz-plus.de>

Kontakt: *internationale sozialistische linke (isl)* c/o SoZ-Verlag, Dasselstr. 75-77, 50674 Köln  
<isl@die-welt-ist-keine-ware.de> · <www.die-welt-ist-keine-ware.de/isl> · V.i. S. d. P.: Angela Klein, c/o SoZ-Verlag